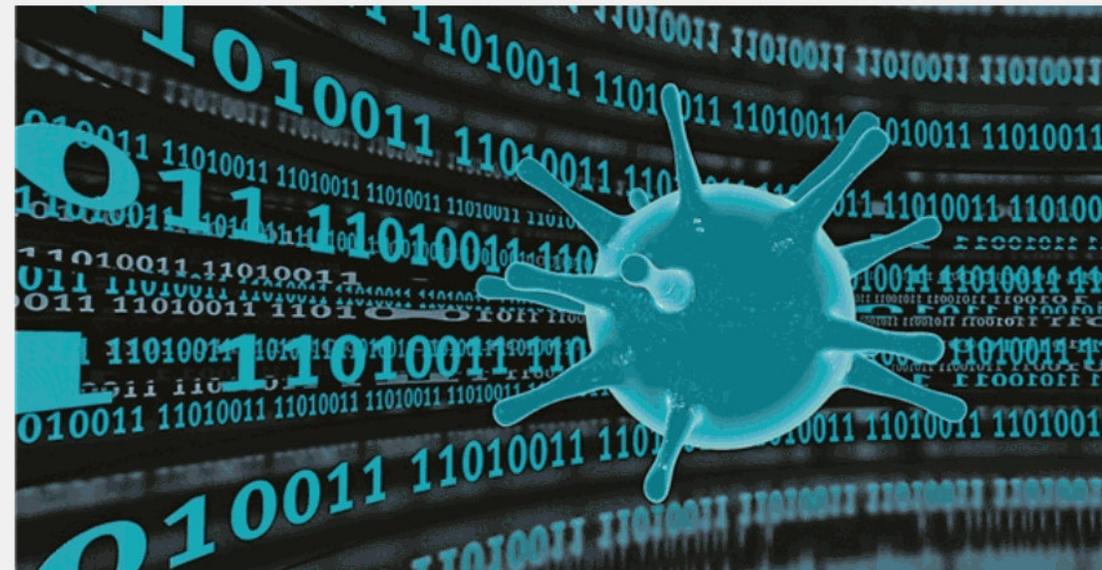


Cyber-Angriffe: Deutsche Praxen offenbar kaum betroffen

Deutschland mit blauem Auge davongekommen / Kliniken wünschen Investitionshilfen für IT

Befürchtungen, bundesdeutsche Arztpraxen könnten am Montagmorgen großflächig durch den aktuellen CyberAngriff lahmgelegt werden, haben sich offenbar nicht bewahrheitet.



Albtraum Computervirus – Praxen und Kliniken zählen zu bevorzugten Erpresser-Zielen. © Weissblick / fotolia.com

BERLIN/NEU-ISENBURG/FREIBURG. Deutschland scheint bei der Cyber-Attacke durch den Erpressungs-Trojaner „WannaCrypt“ mit einem blauen Auge davon gekommen zu sein. Am Montag gab der Chef des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) Arne Schönbohm Entwarnung. Deutschland sei darauf vorbereitet gewesen, nachdem 2016 ein Drittel der Unternehmen von solchen Erpressungs-Trojanern betroffen gewesen seien. Auch in Kliniken hatten diese Trojaner Millionenchäden verursacht.

Recherchen der „Ärzte Zeitung“ bestätigen diese Aussage: Demnach sind Arztpraxen und Kliniken nicht in größerer Zahl von der Cyber-Attacke getroffen worden. Weder in der Kassenärztlichen Bundesvereinigung noch in einzelnen KVen lagen Informationen über betroffene Praxen vor. Auch die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) gab an, von etwaigen Schäden nichts gehört zu haben.

Wie die „Ärzte Zeitung“ am Rande des E-Health-Forums in Freiburg erfuhr, wären durchaus auch Arztpraxen von der aktuellen Schadsoftware bedroht gewesen. Noch immer arbeiteten einige Arztpraxen mit dem Betriebssystem Windows XP, für das es seit drei Jahren keine Sicherheitsupdates von Microsoft gibt, berichteten Praxis-EDV-Insider in Freiburg. Das Risiko für jegliche Virenattacken ist für diese Praxen besonders hoch. Nach den jüngsten Vorkommnissen hat Microsoft jetzt allerdings doch nochmal ein Update für XP mit einem Sicherheits-Patch nachgelegt.

Der globale Cyber-Angriff hatte am Freitag nach Angaben von Europol mindestens 150 Länder sowie 200000 Organisationen und Personen getroffen (wir berichteten). Vor allem im britischen National Health Service (NHS) hatte es viele Kliniken und auch Praxen getroffen. „Neu war, dass plötzlich Ziele angegriffen wurden, die der Öffentlichkeit bewusst machen, wie schlimm so ein Angriff ist, etwa dass Chemotherapie-Patienten nach Hause geschickt wurden, weil man deren Daten nicht mehr hat“, sagte IT-Experte Professor Michael Backes von der Universität des Saarlandes.

Alexander Dobrindt, Bundesminister für digitale Infrastruktur, hat unterdessen eine Verschärfung des IT-Sicherheitsgesetzes gefordert. Derzeit fehlt allerdings auch noch die Umsetzung aller Bestimmungen des IT-Sicherheitsgesetzes, das 2015 in Kraft getreten ist. Noch ist der Teil der KRITIS-Verordnung, die kritische Infrastrukturen im Krankenhaussektor behandelt, nicht in Kraft getreten. Voraussichtlich werden dann Kliniken mit mehr als 30000 vollstationären Fällen zu Betreibern kritischer Infrastrukturen gezählt (wir berichteten).

Rund 110 Kliniken sollen dann voraussichtlich verpflichtet werden, kritische Angriffe auf die IT-Sicherheit dem BSI zu melden und auch weitere Vorgaben für Sicherheitsmaßnahmen zu erfüllen. Arztpraxen wären davon nicht betroffen. Die Kosten durch die KRITIS-Verordnung werden von der DKG auf rund 660 Millionen Euro geschätzt. Angesichts der Cyber-Bedrohung müssten die Länder mehr Mittel für die IT-Sicherheit in Kliniken bereitstellen, fordert die DKG. „Ebenfalls hilfreich wäre, über ein nationales Förderprogramm für die IT-Sicherheit im Gesundheitssektor nachzudenken“, heißt es weiter. (ger/cw/di/dpa)

Der Öffentlichkeit ist bewusst geworden, wie schlimm so ein Angriff ist, etwa dass Chemotherapie-Patienten nach Hause geschickt wurden, weil man deren Daten nicht mehr hat.

Professor Michael Backes IT-Experte, Universität des Saarlandes